Satzung

über die Änderung des Bebauungsplans "Lerchenberg 1"
der Gemeinde Odenheim

Aufgrund §§ 10 und 13 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO) vom 25.7.1955 (Ges.Bl.S. 129) hat der Gemeinderat der Gemeinde Odenheim in seiner Sitzung am 2. Februar 1972 folgende Änderung des Bebauungsplans "Lerchenberg 1" als Satzung beschlossen:

- I. Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung erstreckt sich auf die Grundstücke Flst.Nrn. 11743, 11744 und 11745 der Gemarkung Odenheim.
- II. Bestandteile dieser Bebauungsplanänderung sind:
 - a) Bebauungsplan-Deckblattzeichnung im Maßstab 1:1000 zum Gestaltungsplan (Blatt la) und
 - b) Bebauungsplan-Deckblattzeichnung im Maßstab 1:1000 zum Straßen- und Baulinienplan (Blatt 2 a).
- III. Die Bestandteile Blatt 1 a und 2 a des Bebauungsplans werden durch die entsprechenden Bestandteile dieser Satzung geändert.
- IV. Die Änderung des Bebauungsplan wird mit der in § 12 BBauG vorgeschriebenen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Odenheim, den 2. Februar 1972

COENTRY

Bürgermeister





Begründung

zur Änderung des Bebauungsplans "Lerchenberg 1" der Gemeinde Odenheim

Bei der Planung eines Wohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 11744 hat sich gezeigt, daß die im Bebauungsplan "Lerchenberg 1" festgesetzte Baulinie von 7,00 m die Bebauungsmöglichkeit auf diesem wie auch auf den beiden angrenzenden Grundstücken sehr einschränkt.

Darüber hinaus hätte die Erstellung der Wohngebäude an dieser Linie im Blick auf die vorgezogenen Lagerhalle auf dem Grundstück Flst.Nr. 11742 eine optisch ungünstige Wirkung/zur Folge. Es ist daher geboten, die Baulinie für die Grundstücke Flst.Nrn. 11743, 11744 und 11745 auf einen geringeren Straßenabstand vorzuverlegen.

Im einzelnen wird die Baulinie für Flst.Nr. 11743 auf 4,00 m, für Flst.Nr. 11744 auf 5,00 m und für Flst.Nr. 11745 auf 6,00 m

Straßenabstand festgelegt.

Die Baulinie für die Garagen verbleibt einheitlich bei 5,00 m.

Zweck und Ziel des Bebauungsplans rechtfertigen die Änderung des Planes in diesem Bereich. Die Grundzüge der Planung werden durch die Änderung nicht berührt. Die erneute Beteiligung der Träger öffent-licher Belange ist daher nicht erforderlich.

Kosten für die Durchführung der Bebauungsplanänderung entstehen nur in sehr geringem Umfange.

Odenheim, den 2. Festuar 1972

H// Burgermeister